



**2018/0166R(APP)**

11.10.2018

# **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

für den Haushaltsausschuss

zu dem Zwischenbericht über den MFR 2021–2027 – Standpunkt des  
Parlaments im Hinblick auf eine Einigung  
(COM(2018)0322 – 2018/0166R(APP))

Verfasserin der Stellungnahme: Marietje Schaake

PA\_Consent\_Interim

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Bericht zu übernehmen:

1. betont, dass angesichts der wachsenden Herausforderungen mit Auswirkungen auf die globale und regionale Stabilität die Mittelansätze für das auswärtige Handeln der EU im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) erheblich erhöht werden müssen, wobei gleichzeitig die auf den Werten der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschen- und Grundrechte beruhende EU-Außenpolitik gewahrt werden muss; nimmt die von der Kommission vorgeschlagene bescheidene reale Mittelerhöhung zur Kenntnis und fordert eine weitere entsprechende Erhöhung der Mittel für Verpflichtungen für das auswärtige Handeln, die in den interinstitutionellen Verhandlungen aufrechterhalten werden muss;
2. verweist auf seinen Standpunkt, dass das Europäische Nachbarschaftsinstrument, das Instrument für die Heranführungshilfe (IPA III) und das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte, einschließlich ihrer Ziele und Vorgaben, wegen ihres besonderen Charakters als voneinander unabhängige Instrumente beibehalten werden sollten, und betont, dass ein Wettbewerb zwischen den verschiedenen politischen Maßnahmen vermieden werden muss; fordert, dass angesichts des horizontalen Charakters vieler Aspekte wie Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, Nichtdiskriminierung von Menschen mit Behinderungen und Klimawandel die Verknüpfung von thematischen und geografischen Programmen verstärkt wird; verweist ferner auf seine Forderung nach Aufrechterhaltung des bestehenden finanziellen Gleichgewichts bei der Aufteilung der Mittel auf die südlichen und östlichen Nachbarländer der Union;
3. verweist darauf, dass das Instrument, das zu Frieden und Stabilität beiträgt (IcSP), das einzige EU-Instrument für die Prävention ziviler Konflikte, unter anderem durch Vermittlung, Dialog und Aussöhnung, ist; bedauert, dass wichtige Aspekte des IcSP wie die Unterstützung von Aussöhnungskommissionen, Maßnahmen in Bezug auf Kindersoldaten, die Bekämpfung des rechtswidrigen Gebrauchs von Feuerwaffen oder die Rehabilitation von Opfern bewaffneter Gewalt im vorliegenden Vorschlag der Kommission für das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI) nicht berücksichtigt werden;
4. begrüßt den Vorschlag für die Einbeziehung des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) in den EU-Haushaltsplan und fordert eine Stärkung der Kontrollbefugnisse des Europäischen Parlaments;
5. fordert, dass spezifische Ziele zur Geschlechterdimension aufgenommen werden, indem die für diesen Bereich verfügbaren Mittel aufgestockt werden;
6. bekräftigt, dass durch die Reform der gegenwärtigen Struktur der Finanzierungsinstrumente im Bereich der Außenbeziehungen Rechenschaftspflicht, Transparenz, demokratische und parlamentarische Kontrolle, Effizienz und Kohärenz verstärkt und gleichzeitig die strategischen Prioritäten der Union berücksichtigt werden sollten; hebt hervor, dass diese Ziele nicht ohne eine solide Verwaltungsstruktur

verwirklicht werden können, die politische Kontrolle ermöglicht, strategiebasiert, inklusiv und rechenschaftspflichtig ist und klare Ziele, Referenzwerte sowie Überwachungs- und Bewertungsmechanismen, darunter ein verbessertes Konzept für eine leistungsorientierte Haushaltsplanung, einschließt; betont darüber hinaus, dass die Einbeziehung der Zivilgesellschaft bei der Planung und Umsetzung des auswärtigen Handelns der EU sichergestellt werden muss; bedauert, dass die Vorschläge der Kommission für das NDICI und das IPA III praktisch keine entsprechenden Bestimmungen über Verwaltungsaspekte enthalten und dass kein spezifischer Mechanismus für die Einbindung des Europäischen Parlaments in strategische Entscheidungen über Prioritäten und Finanzierung vorgesehen ist; stellt daher fest, dass die Vorschläge in ihrer gegenwärtigen Form inakzeptabel sind;

7. erkennt an, dass mehr Flexibilität notwendig ist; besteht jedoch darauf, dass die im Rahmen des vorgeschlagenen „Flexibilitätspolsters für neue Herausforderungen und Prioritäten“ verwendeten Mittel nicht für andere Ziele wie Migrationssteuerung und Sicherheit eingesetzt werden dürfen und dass mehr Flexibilität nicht auf Kosten langfristiger Politikziele und eingeschränkter Möglichkeiten des Europäischen Parlaments, seine politischen Lenkungs- und Kontrollbefugnisse wahrzunehmen, verwirklicht werden darf; hält es für notwendig, klare Kriterien für die Zuweisung von Rücklagen und einen geeigneten Überwachungsmechanismus aufzunehmen;
8. kritisiert nachdrücklich, dass für die leistungsbasierten Mittelzuweisungen gemäß Artikel 17 unter anderem „Zusammenarbeit in Migrationsfragen“ als Kriterium für die Entscheidung über zusätzliche finanzielle Mittelzuweisungen genannt wird; betont, dass der ursprüngliche Zweck des Grundsatzes „mehr für mehr“ darin bestand, solidere Partnerschaften mit den Nachbarländern aufzubauen, die mehr Fortschritte im Hinblick auf demokratische Reformen verzeichnen, und dass „Zusammenarbeit in Migrationsfragen“ diesen Ansatz und die Achtung der EU für die Grundsätze von Artikel 21 EUV entscheidend gefährdet;
9. hebt hervor, dass eine umfassendere demokratische Debatte über die Außenhilfe der EU notwendig ist, auch durch eine stärkere Einbindung des Europäischen Parlaments in die strategische politische Steuerung der Instrumente der EU für das auswärtige Handeln;
10. ist der Ansicht, dass Ausgaben aus dem Cluster „Verteidigung“ nur für Verteidigungszwecke wie die Maßnahmen im Verteidigungsbereich im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“, des Europäischen Verteidigungsfonds und des Programms Horizont Europa getätigt werden sollten, darunter Infrastrukturen und Anlagen zur Doppelnutzung als maßgebliche Voraussetzungen für eine effizientere Verteidigung und stärkere zivil-militärische Synergieeffekte;
11. fordert die Kommission auf, im Einklang mit Artikel 8 AEUV den Gleichstellungsaspekt bei der Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

## VERFAHREN DES MITBERATENDEN AUSSCHUSSES

<b>Titel</b>	Zwischenbericht über den MFR 2021–2027 – Standpunkt des Parlaments im Hinblick auf eine Einigung
<b>Bezugsdokumente - Verfahrensnummer</b>	2018/0166R(APP)
<b>Federführender Ausschuss</b>	BUDG
<b>Stellungnahme von</b> Datum der Bekanntgabe im Plenum	AFET 13.9.2018
<b>Verfasser(in) der Stellungnahme</b> Datum der Benennung	Marietje Schaake 10.7.2018
<b>Datum der Annahme</b>	9.10.2018
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+:                 35 –:                 4 0:                 11
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Michèle Alliot-Marie, Francisco Assis, Petras Auštrevičius, Goffredo Maria Bettini, Victor Boșținaru, Klaus Buchner, Fabio Massimo Castaldo, Lorenzo Cesa, Javier Couso Permuy, Andi Cristea, Georgios Epitideios, Knut Fleckenstein, Eugen Freund, Manolis Kefalogiannis, Tunne Kelam, Wajid Khan, Andrey Kovatchev, Eduard Kukan, Arne Lietz, Barbara Lochbihler, Sabine Lösing, Ramona Nicole Mănescu, David McAllister, Clare Moody, Javier Nart, Pier Antonio Panzeri, Ioan Mircea Pașcu, Tonino Picula, Cristian Dan Preda, Jozo Radoš, Michel Reimon, Sofia Sakorafa, Jean-Luc Schaffhauser, Jordi Solé, Dobromir Sośnierz, Dubravka Šuica, Charles Tannock, László Tőkés, Ivo Vajgl, Anders Primdahl Vistisen
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter</b>	Ana Gomes, Andrzej Grzyb, Norica Nicolai, Gilles Pargneaux, Helmut Scholz, Igor Šoltes, Bodil Valero, Marie-Christine Vergiat, Željana Zovko
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)</b>	Ivan Štefanec

## NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

35	+
ALDE	Petras Auštrevičius, Javier Nart, Norica Nicolai, Jozo Radoš, Ivo Vajgl
ECR	Charles Tannock
EFDD	Fabio Massimo Castaldo
PPE	Michèle Alliot-Marie, Lorenzo Cesa, Andrzej Grzyb, Manolis Kefalogiannis, Tunne Kelam, Andrey Kovatchev, Eduard Kukan, David McAllister, Ramona Nicole Mănescu, Cristian Dan Preda, Ivan Štefanec, Dubravka Šuica, László Tőkés, Željana Zovko
S&D	Francisco Assis, Goffredo Maria Bettini, Victor Boștinaru, Andi Cristea, Knut Fleckenstein, Eugen Freund, Ana Gomes, Wajid Khan, Arne Lietz, Clare Moody, Pier Antonio Panzeri, Gilles Pargneaux, Ioan Mircea Pașcu, Tonino Picula

4	-
ECR	Anders Primdahl Vistisen
ENF	Jean-Luc Schaffhauser
NI	Georgios Epitideios, Dobromir Sośnierz

11	0
GUE/NGL	Javier Couso Permuy, Sabine Lösing, Sofia Sakorafa, Helmut Scholz, Marie-Christine Vergiat
VERTS/ALE	Klaus Buchner, Barbara Lochbihler, Michel Reimon, Jordi Solé, Igor Šoltés, Bodil Valero

Erklärung der benutzten Zeichen:

- + : dafür
- : dagegen
- 0 : Enthaltung